

**Statement Bilanz-Presskonferenz 31. August 2017, Berlin  
Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt**

***Es gilt das gesprochene Wort***

Herzlich willkommen zur Bilanz-Presskonferenz von Brot für die Welt. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Bevor ich Ihnen gleich unsere Bilanz des vergangenen Jahres vorstelle, möchte ich einen kritischen Blick auf die abgelaufene Legislaturperiode werfen.

- Welche Fortschritte haben die vergangenen vier Jahre im Hinblick auf die Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit gebracht?
- Wo stehen wir bei der Bekämpfung der Fluchtursachen, die seit zwei Jahren erklärtes Ziel der Politik ist?
- Was muss in den nächsten vier Jahren auf die Agenda?

Die Verabschiedung des Pariser Klima-Abkommens und der nachhaltigen Entwicklungsziele („Agenda 2030“) sind Meilensteine für eine weltweite nachhaltige Entwicklung. Für beide Abkommen hat sich die Bundesregierung stark gemacht und eine Vorreiterrolle übernommen.

Mit dem Klima-Abkommen, das inzwischen von 152 Staaten ratifiziert wurde, gibt es erstmals einen verbindlichen Rahmen, der alle in die Pflicht nimmt: die Industrieländer, die Schwellenländer und die Entwicklungsländer. Jetzt kommt es darauf an, die Erderwärmung tatsächlich auf unter 2 bzw. 1,5 Grad Celsius zu begrenzen im Vergleich zur vorindustriellen Zeit.

Die Lasten sind jedoch nicht nach dem Verursacherprinzip verteilt, sondern genau umgekehrt: Gerade die Menschen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden am meisten unter den Folgen. Wir werten es daher als großen Erfolg, dass es gelungen ist, das Thema „klimabedingte Schäden und Verluste“ in das Abkommen aufzunehmen. Dieser Erfolg wurde nicht zuletzt auf Druck der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselstaaten erzielt. Die

Zivilgesellschaft, auch Brot für die Welt und seine Partner, haben sie dabei unterstützt. Für die ärmsten und verletzlichsten Staaten ist es existentiell wichtig, dass die Schäden, die sie zum allergrößten Teil nicht zu verantworten haben, anerkannt werden. Noch wichtiger ist, dass sie jetzt auch finanzielle Hilfe zur Bewältigung dieser Schäden erhalten. Das ist ein Gebot der Klimagerechtigkeit. Wir begrüßen es, dass Deutschland insgesamt zu den größten Gebern der internationalen Klimafinanzierung zählt. Die Bundeskanzlerin hat schon 2015 beim Petersberger Klimadialog die Erhöhung des deutschen Beitrags bis 2020 auf jährlich vier Milliarden Euro zugesagt. Gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands sollte der Anteil an den von der Staatengemeinschaft in Paris zugesagten 100 Milliarden Dollar jährlich allerdings deutlich höher liegen. Für einen linearen Anstieg der Mittel auf vier Milliarden Euro bis 2020 ist der aktuelle Haushaltsansatz bereits zu niedrig angesetzt. Da muss nachgearbeitet werden!

Auch mit der Verabschiedung der **Agenda 2030** haben die Staaten ihre Bereitschaft signalisiert, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele verbinden soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit und fordern Frieden, Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz ein. Deutschland hat sich verpflichtet, den Zielen im eigenen Land Geltung zu verschaffen, muss sich jetzt aber auch für die Verwirklichung der Ziele einsetzen. Sie beinhalten auch die Bewahrung und den Schutz globaler Gemeingüter. Klimaschutz und der Erhalt der Biodiversität gehören dazu. In Sachen Nachhaltigkeitspolitik hinkt Deutschland allerdings in vielen Bereichen den selbst gesteckten Zielen hinterher. So sind auch die klimaschädlichen Emissionen in Deutschland im vergangenen Jahr wieder weiter gewachsen. Das Ziel, bis 2020 die Emissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren, erfordert eine Verdoppelung der klimapolitischen Anstrengungen. Dafür brauchen wir in Deutschland eine echte Energiewende, eine Verkehrswende und eine Agrarwende, um klimapolitisch nicht dauerhaft auf Kosten der Menschen im Süden zu leben.

Zu den Entwicklungs-Initiativen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den vergangenen vier Jahren gehört die **Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“** (SEWOH). Das BMZ hat Hungerbekämpfung, Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Positiv ist der Ansatz, lokale Produzentinnen und Produzenten und die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu stärken. Brot für die Welt hat 2016 Mittel aus dieser Initiative für das zehn Länder umfassende und auf fünf Jahre angelegte Programm „Agrarökologisches Innovationsnetzwerk in Afrika“ erhalten. Ziel ist es, durch verstärkten Erfahrungsaustausch eine größere Breitenwirkung zu erzielen. In vielen Projekten verfolgt die SEWOH jedoch auch noch agrarindustrielle Ansätze mit Hybrid-Saatgut, Pestiziden und Kunstdünger, die in Zusammenarbeit mit dem Agrobusiness, wie Bayer und Syngenta umgesetzt werden.

Der **Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)** war ein ambitioniertes Vorhaben, das auch vom Entwicklungsministerium vorangetrieben wurde. Der Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch war ein letzter tragischer Anlass, auch die weltweiten Liefer- und Wertschöpfungsketten in den Blick zu nehmen. An der Erarbeitung des NAP haben Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, auch von Brot für die Welt, beratend mitgewirkt. Das Ergebnis, eine Regelung auf freiwilliger Basis, blieb dann allerdings weit hinter den Erwartungen zurück – die Wirtschaftsverbände und auch das Finanzministerium standen auf der Bremse. Hier bleiben die Unternehmen selbst hinter den Erwartungen der Anleger zurück: Ethische Nachhaltigkeitsfonds boomen wie verrückt, aber es gibt nicht genug Unternehmen, die den Kriterien entsprechen, wie der FairWorldFonds gerade erfahren muss.

Mit dem „**Marshallplan mit Afrika**“ und der vom Bundesfinanzministerium erarbeiteten G20-Initiative zur Förderung von privaten Investitionen in Wachstumsmärkte und Infrastruktur („Compact with Africa“) will die Bundesregierung Wirtschaft und Beschäftigung in Afrika stärken und Fluchtursachen entgegenwirken. Doch es ist vor allem die ausländische Privatwirtschaft – konkret die Unternehmen der G20 –, die die afrikanischen Märkte entwickeln und beleben soll. Statt mit den Staaten und der Zivilgesellschaft Afrikas in einen echten Dialog zu treten und die lokale und regionale Wirtschaftsintegration zu stärken, scheint es eher um ausländische Investitionen in Megaprojekte zu gehen. Leider wird nur darauf Wert gelegt, die Rechtssicherheit für deutsche Investoren zu erhöhen, nicht aber zugleich darauf, die Rechtssicherheit der betroffenen Bevölkerung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu stärken. So wird die Chance vertan, Wertschöpfungsketten und Handelsbeziehungen in Afrika gerechter und entwicklungsfördernder zu gestalten. Es besteht zudem die Gefahr, dass Abhängigkeiten zementiert werden, die schon heute Menschen dazu veranlassen, sich auf den Weg nach Europa zu machen – von Landgrabbing und Rohstoffabbau über Privatisierungen bis zu Umweltverschmutzung und Klimawandel.

Seit Herbst 2015 setzt die Bundesregierung ganz auf „Fluchtursachenbekämpfung“ und bemüht hierfür vor allem die Entwicklungszusammenarbeit. Zwar erreichte Deutschland im vergangenen Jahr fast das 0,7-Prozent-Ziel, das ist der Anteil am Bruttonationaleinkommen, den die Industriestaaten für Entwicklungshilfe zahlen sollen, jedoch dient die Mittelerhöhung nur in sehr geringem Umfang der Besserung der Lebenssituation in den armen Ländern. Die Steigerung kam vielmehr zu einem großen Teil den gestiegenen Ausgaben für Flüchtlinge im Inland zugute. Ohne die Anrechnung bestimmter Ausgaben für die Versorgung von Flüchtlingen als

Entwicklungshilfe läge die deutsche Quote nicht höher als in den vergangenen Jahren – nämlich bei etwa 0,52 Prozent.

Schwerer wiegt allerdings, dass die Bundesregierung und auch die EU darüber oftmals die Bekämpfung der Fluchtbewegungen als Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung deklarieren. Ein Beispiel: In ihren Kooperationen mit Transit- und Herkunftsländern schreckt die Bundesregierung selbst vor „Partnerschaften“ mit autoritären Regimen wie Ägypten, Sudan oder Libyen nicht zurück. Menschenrechtsverletzungen in diesen Staaten werden scheinbar billigend in Kauf genommen, solange die Abwehr von Flüchtlingen funktioniert. Unter dem Schlagwort „Fluchtursachenbekämpfung“ werden Unrechtsregime gestützt, wird Schutzsuchenden der Zugang nach Europa und zu einem fairen Asylverfahren verwehrt.

Ausgeblendet wird, dass Kriege und gewaltsame Konflikte weltweit zu den zentralen Fluchtursachen zählen. Durch Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete werden Konflikte angeheizt, die katastrophale Folgen haben. Deutschland erlaubt Waffenexporte nach Saudi-Arabien, das sowohl im Jemen als auch in Syrien eine kriegstreibende Rolle spielt. Oder Afghanistan: mehr als fünfzehn Jahre nach Beginn der Militärintervention, hat die Gesamtzahl der getöteten oder verletzten Zivilistinnen und Zivilisten im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht.

**Wir erwarten von der neuen Bundesregierung daher Kohärenz.** Bei aller Anerkennung für die vielen Initiativen sagen wir: Wenn Nachhaltigkeit das Leitmotiv des politischen Handelns sein soll, dann muss das gesamte Kabinett an einem Strang ziehen. Sonst besteht weiter die Gefahr, dass das eine Ministerium die Einkommen kleinbäuerlicher Produzenten über deren Einbindung in die regionalen Wertschöpfungsketten stärken will und das andere, das Landwirtschaftsministerium, die Exportoffensive der deutschen Ernährungswirtschaft unterstützt und damit Kleinbauern von ihren regionalen Märkten in Afrika verdrängt.

Wenn die nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht werden sollen, muss die neue Bundesregierung ihre Prioritäten neu ausrichten. Noch dringlicher ist es, dafür zu sorgen, dass die armen Länder nicht noch mehr ausbluten. Aus den Entwicklungsländern fließt viel mehr Geld ab, als sie durch Investitionen, Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten oder Entwicklungshilfe erhalten. Allein an illegalen Finanztransfers und durch die – legale – Steuervermeidung vieler Konzerne verlieren sie jährlich hunderte Milliarden US-Dollar Einnahmen. Rechnet man legale Abflüsse, wie Schuldentzahlungen oder Gewinntransfers hinzu, so verlieren die Entwicklungsländer mit jedem Dollar, der bei ihnen ankommt, auf der anderen Seite wieder zwei Dollar.

**Wir erwarten von der neuen Bundesregierung**, die Entwicklungsländer darin zu unterstützen, Steuervermeidung zu bekämpfen, Steueroasen auszutrocknen und den negativen Auswirkungen unserer Handels- und Wirtschaftspolitik Einhalt zu gebieten. Leider hat der G20-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft hier keine tragfähigen Vereinbarungen gebracht –trotz der Ankündigung der Bundesregierung, die das Thema zur Priorität erklärt hatte.

Die weltwirtschaftlichen Beziehungen fair zu gestalten und eine international verträgliche Handels-, Außen-, Agrar-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik dürften den Hauptbeitrag zur globalen Armutsbekämpfung leisten.

Blicken wir auf die **Bilanz von Brot für die Welt** im vergangenen Jahr, zeigt sich eine positive Entwicklung: Bundesweit haben Spenderinnen und Spender die Arbeit von Brot für die Welt 2016 mit mehr als 61,7 Millionen Euro unterstützt. Das ist ein deutliches Plus von 4,2 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (57,5 Mio. Euro) und - wie schon 2015 - das zweitbeste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre. Für das Vertrauen danke ich sehr herzlich, auch im Namen der Menschen, die wir mit diesen Mitteln bei der Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit unterstützen konnten.

Neben Spenden und Kollekten erhielt Brot für die Welt 2016 Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und Beiträge Dritter, vor allem aus dem BMZ. Der Anteil an Kirchensteuern, die Brot für die Welt von den evangelischen Landeskirchen bekommt, erhöhte sich um rund 1,9 Millionen auf 54,4 Millionen Euro. Ein deutlicher Anstieg ist auch bei den Mitteln der Bundesregierung zu verzeichnen, die um rund 14,8 Millionen auf 144,6 Millionen Euro wuchsen. Damit lagen die Gesamteinnahmen von Brot für die Welt bei 273,5 Millionen Euro, das ist ein Plus von 18,1 Millionen Euro gegenüber 2015.

Die Gesamtausgaben für Projekte betragen 246,7 Millionen Euro (91,3 Prozent der Mittel). Für Werbe- und Verwaltungsaufgaben wurden 8,7 Prozent eingesetzt. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bewertet den Anteil der Werbe- und Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben als niedrig.

Mit Spenden und Kollekten sowie Förderungen durch Beiträge der evangelischen Landeskirchen und Mittel der Bundesregierung unterstützen wir in mehr als 90 Ländern Partner und insgesamt mehr als 1.600 Projekte. Neu bewilligt wurden im vergangenen Jahr weltweit 631 Projekte, davon 619 regionale und zwölf überregionale.

Regionale Schwerpunkte waren Afrika mit 203 Projekten sowie Asien und Pazifik mit 191 Projekten. Für Afrika wurden mit 86 Millionen Euro die meisten Mittel bewilligt, für Asien und Pazifik zusammen waren es 75 Millionen Euro. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Ernährungssicherung, Bildung und Gesundheit, der Zugang zu Wasser, die Stärkung der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, die Sicherung des Friedens sowie die Bewahrung der Schöpfung. Die Aufstellung, wofür wir diese Mittel eingesetzt haben, finden Sie auf Seite 64 des Jahresberichts. Beispiele aus der Projektarbeit lesen Sie ab Seite 16ff.

Dieses Jahresergebnis spiegelt das große Vertrauen der Spenderinnen und Spender und aller institutionellen Geber in unsere Arbeit wider. Es zeigt auch die gewachsene Sensibilität für die Notwendigkeit langfristiger Ursachenbekämpfung von Armut und Gewalt: Gerechtigkeit, Konfliktprävention und Entwicklung helfen gegen Katastrophen und erzwungene Migration. Für dieses Vertrauen bedanken wir uns herzlich.

Sie finden die Jahresrechnung im Jahresbericht auf Seite 58, die Erklärung dazu auf Seite 59. Bei der Darstellung orientieren wir uns zur besseren Vergleichbarkeit an den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen DZI.

Soweit 2016. Vor welchen Herausforderungen stehen wir 2017 mit unserer Arbeit?

Mit Sorge sehen wir, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit zunehmend in den Dienst der Migrationskontrolle stellen lässt. Im Fokus stehen nicht länger die Länder, in denen die größten Entwicklungsdefizite herrschen, sondern die Staaten, aus denen eine hohe Zahl von Migranten und Migrantinnen erwartet wird. Das könnte langfristig mehr Flüchtlinge produzieren. Kritisch sehen wir auch Pläne der EU, für Entwicklungszusammenarbeit bestimmte Mittel für Maßnahmen zur Sicherheit umzuwidmen und etwa Armeen auszurüsten. Hier beobachten wir, dass Sicherheitsdenken gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit an Dominanz gewinnt.

Mit Sorge beobachten wir, dass die Zivilgesellschaft in immer mehr Ländern unter Druck gerät. In 106 Ländern, so die Organisation CIVICUS, ist 2016 der Handlungsspielraum für Nichtregierungsorganisationen eingeschränkt worden. Ihnen wurde die Registrierung entzogen oder nicht erneuert und der Zugang zu Finanzen erschwert, Mitarbeitende einiger unserer Partner wurden massiv bedroht oder gar inhaftiert. Das stellt die größte Herausforderung für die internationale Projektarbeit dar. Betroffen sind vor allem Partner, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt engagieren, sowohl kirchliche als auch nicht-kirchliche.

Vielen Dank.